

Volkstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Stübgen, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. Für Inserate 1667, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustellungs-Nr. 1. Nachtrag, Seite 17. — Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Postgebühr 12.00 RM., monatlich 4.00 RM. Beim Abbestellen vom Verlag und den Ausgabestellen Vierteljährlich 11.50 RM., monatlich 3.75 RM. Bei den Buchhändlern Viertel. 12.00 RM., monatl. 4.00 RM. ohne Postgeb. Einzelne Nummern 25 Pf. — Anzeigengebühren: die Spaltenweise 1.00 RM., im Restamtlich 1.50 RM., bei den Zeitungsverkäufern 2.00 RM. Kurzzeitanzeigen werden bevorzugt, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postamtliche Nr. 1255 Berlin.

Nr. 143.

Magdeburg, Dienstag den 22. Juni 1920.

31. Jahrgang.

Wahlen in Groß-Berlin.

Durch Beschluß der Preussischen Landesversammlung ist Berlin mit all seinen Vororten zu einer Gemeinde vereinigt worden. Dadurch entsteht die größte Stadt des europäischen Festlandes. Die Einwohnerzahl bleibt nicht viel hinter London zurück, der volkreichsten Stadt der Welt.

Was in wilhelminischen Zeiten niemals möglich gewesen wäre, hat die neue demokratische und republikanische Epoche schnell zuwege gebracht. Sie schweift große Gemeinden zusammen, um sie leistungsfähig zu machen für die Erfüllung der großen kommunalen Aufgaben, die ihrer harren.

In diesem neuen Groß-Berlin ist am 20. Juni das erste städtische Parlament gewählt worden.

Nach dem gleichen Wahlrecht, wie für die Reichstagswahl. Nur daß an die Wahlberechtigung ein einjähriger Aufenthalt in der Gemeinde geknüpft worden ist.

Das Ergebnis der Wahl liegt natürlich noch nicht vor. Nur Teilergebnisse sind bisher zusammengestellt worden. Worauf von allen Seiten gerechnet wurde, ist eingetroffen: die

Wahlbeteiligung war weit geringer

als am 6. Juni. Der Deutsche hat sich an die Pflichten, die die Demokratie auferlegt, noch nicht gewöhnt. Er war früher das Wählen nicht gewohnt, und weitaus viele glauben heute noch, daß eine allgemeine Wahl für den Reichstag alle paar Jahre vollzogen genügt. Wenn diese Trägen in vierzehn Tagen zweimal an die Urne gerufen werden, dann klagen sie über Verleumdung und bleiben daher der Wahl fern. Der gute Bürger, auch und so mancher gute Proletarier will immer noch seine „Ruhe“ haben. Das Wählen stört ihn in seinem politischen Schlummer; er muß sich ein wenig überlegen, welche Stellung er zu den Forderungen der verschiedenen Parteien einnehmen will, und das ist ihm äußerst unbehaglich. Jedes geistige Mühen, das über die Klatscherei hinaus reicht, haßt er. Und sie. Denn es gibt noch mehr Wählerinnen dieser Sorte als Wähler.

Von dieser edeln Kunst der Denksaulen und Trägen gibt es viele Tausende in dem „hellen“ Berlin, das ja nicht heller, sondern dunkler und düsterer ist, als gar manche Provinzialstadt, ja als gar manches Industriedorf. Infolgedessen ist die Wahlbeteiligung am gestrigen Sonntag in Groß-Berlin über 65 Prozent nicht hinausgegangen. In manchen Bezirken betrug sie nur die Hälfte der Wahlberechtigten. Sie blieb daher gegen den 6. Juni im allgemeinen um rund 20 Prozent zurück.

Der Wahlakt vollzog sich in denselben Lokalen wie bei der Reichstagswahl. Er begann um 8 Uhr morgens und endigte um 7 Uhr abends. Die ersten Morgenstunden verliefen in den meisten Bezirken am stillsten. Nur Hausfrauen und Hausangestellte erschienen. In den

Arbeitervierteln

im Norden und Osten ging's etwas lebhafter her. Dort setzte der Wahlakt gleich lebhaft ein, da viele Ausflügler erst ihrer Pflicht genügen wollten.

Aber im allgemeinen wickelte sich das Wahlgeschäft bis Mittag recht schleppend ab. Bis gegen 1 Uhr mittags waren im Wahlkreis 1 (Mitte) und Wahlkreis 2 (Tiergarten), ebenso Wahlkreis 6 (Hallisches Tor) kaum 25 v. H. der eingeschriebenen Wähler erschienen. Ein besseres Stimmverhältnis hatten die Wahlkreise 4 und 5 (Prenzlauer Tor und Friedrichshain), im Wahlkreis 3 (Wedding) waren etwa 40 bis 45 v. H. zu verzeichnen.

Die Kommunisten hatten von jeder Wahlbeteiligung Abstand genommen.

In den Nachmittagsstunden wurde die Wahl überall etwas reger, so daß in einzelnen Kreisen bei Schluß des Wahlaktes etwa 60 bis 65 v. H. der Wähler erschienen waren. Um 7 Uhr wurde der Wahlakt beendet, ohne daß es irgendwo zu Zwischenfällen gekommen wäre.

Ein Resultat liegt bisher nur für das eigentliche Berlin vor, aber auch das ist nur vorläufig. Danach erhielten:

Sozialdemokraten	141 215
Unabhängige	366 502
Demokraten	55 698
Deutsche Volkspartei	123 487
Deutschnationale	94 135
Zentrum	36 969
Frauenpartei	290
Wirtschaftl. Vereinig. (Bürgerblock)	39 840

Verglichen mit dem Ergebnis der Reichstagswahl haben danach abgenommen: Sozialdemokraten rund 46 000, Unabhängige rund 90 000, Demokraten rund 20 000, Stinnesche Volkspartei rund 27 000 und Deutschnationale rund 26 000, während sich das Zentrum auf der Ziffer vom 6. Juni gehalten hat. Bei der Abnahme der reaktionären Parteien ist aber zu beachten, daß der Bürgerblock oder die wirtschaftliche Vereinigung, die bei den Reichstagswahlen nicht auftrat, am gestrigen Sonntag 39 840 Stimmen aufgebracht hat. Die beiden Rechtsparteien haben zusammen 53 000 Stimmen verloren, die rund 40 000 Stimmen des reaktionären Bürgerblocks sind hiervon aber abzugiehen, so daß für die Reaktionäre nur ein Verlust von rund 13 000 übrigbleibt, während die beiden sozialistischen Parteien zusammen rund 136 000 Stimmen, das ist das Behnfsache, verloren haben. Wieder ein Hinweis, wohin die ungeliebte, von den Unabhängigen getriebene Zersplitterung der Arbeiter und ihre gegenseitige Bekämpfung führt.

Simmerhin hat die gestrige Wahl noch eine sozialistische Mehrheit

in dem eigentlichen Berlin ergeben. Es stehen 507 717 sozialistische Wähler gegen 350 419 bürgerliche Stimmen. Damit steht freilich für das ganze Groß-Berlin noch nicht das Endergebnis fest. Es ist aber anzunehmen, daß der große Vorprung von fast 160 000 Stimmen im engern Berlin durch die Vororte nicht eingeholt wird, zumal sich unter ihnen viele befinden, die eine glatte sozialistische Mehrheit herausgebracht haben. Es ist daher die Erwartung berechtigt, daß das erste Stadtparlament Groß-Berlins, das aus 225 Köpfen besteht, eine sozialistische Mehrheit sehen wird. Dies Ergebnis legt den beiden Parteien starke Pflichten, schwere Arbeit und eine große Verantwortung auf. Die

Unabhängigen haben sich verpflichtet,

in dem kommunalen Parlament positiv und praktisch mitzuarbeiten. Sie werden im Berliner Rathaus die stärkste Fraktion stellen; der größere Teil der Arbeit, der Pflichten und der Verantwortung wird daher auf ihre Schultern fallen. Sie haben besprochen, die Bürde zu tragen. Hoffentlich werden sie ihr Versprechen nicht brechen und ihre Wähler nicht täuschen.

Aber wie reimt sich diese Bereitwilligkeit zur Arbeit mit ihrem Verhalten im Reich und Reichstag? In den städtischen Parlamenten arbeiten sie mit den Bürglichen gemeinsam, sitzt ein unabhängiger Stadtrat neben einem bürgerlichen in derselben Regierung. Im Reich ist das alles nicht möglich. Im Reich ist ein Verrat der Arbeiterinteressen das, was in den Städten und Dörfern ein Verdienst und eine Förderung bedeutet.

Wer will diese verschiedene Wertung und Stellung verstehen? Nicht einmal die unabhängigen Führer. Es fehlt eben den Unabhängigen an jeder Klare und konsequente Einsicht in die politischen und ökonomischen Probleme. Sie haben den demokratischen Boden verlassen und irren seitdem in der politischen Welt umher wie Blinde, ohne Weg und Richtung. Sie verbrennen im Staate, was sie in der Gemeinde errichten, und verherren in der Kommune, was sie im Reiche verfluchen.

Und die Massen sollen ihnen willig und blind auf all diesen Fickzackwegen folgen. Das geht nur eine Zeitlang unter dem Druck der Not und dem Zauber der tönenden Worte. Dann kommt auch dort das Erwachen und die Einsicht, daß es ein Verbrehen an der Gesamtarbeiterschaft der Hand wie des Kopfes war, die Demokratie zu verlassen. Aber bis dahin wird gar manche Errungenschaft der Revolution unter den Vorzeichen der Reaktion verlorengegangen sein, die sich nicht spaltet, sich nicht bekämpft, sondern nach einheitlichem Plan auf der ganzen Linie vorwärts marschiert. Und dann wird die Stunde kommen, wo dieselben Massen, die heute noch den unabhängigen Worten Glauben beimessen, die unabhängigen Führer verfluchen und verdammen und ihnen zurufen werden: Ihr seid die Schädlinge der deutschen Arbeiterklasse gewesen; auch verdanken wir, daß wir auf vielen Gebieten wieder von vorn anfangen müssen.

Und das unter den Fahnen und nach den Methoden der Sozialdemokratie. —

Das Recht gemordet.

Im Marburger Kriegsgerichtsprozeß gegen die Studentenmörder sind am Sonnabend sämtliche Angeklagten freigesprochen worden. Das Kriegsgericht erkannte lediglich an, daß die Zeugen Barts, Arnold und Frau Wolf beleidigt und mißhandelt worden seien. Die Verfolgung dieser Verfehlungen sei Aufgabe eines weiteren Verfahrens.

Also freigesprochen! Ermordete Mörder glatt freigesprochen!

Man muß gegenüber dieser neuesten Leistung eines Militärgerichts wirklich alle Kaltblütigkeit aufbringen, um es aus dem Willen und den Anschauungen der Militärrichter selbst begreifen zu können. Aber keine noch so kühle Ueberlegung, kein Forschen nach den Motiven trägt uns über den Berg hinüber: dieser Freispruch an den Studentenmördern von Thal in Thüringen ermordet das Recht und das Rechtsgefühl des Volkes.

Sechzehn Arbeiter — vermeintliche Spionisten, in Wahrheit ruhige ernste Arbeiter, die Republik und Demokratie in den Kapptagen schützen wollten — werden von der studentischen Freiwilligenkompanie aus ihren Wohnungen geholt, nach Gotha mitgeschleppt, unterwegs, wie erzwungen, von den „Muffensöhnen“ im Stahelheim in schamloser Weise mißhandelt, in dem Chausseegraben getrieben und dann auf der „Flucht“ erschossen! Nach dem Sachverständigenbefund müssen ganze Salven auf die einzelnen Opfer abgegeben sein, teils von hinten, teils von der Seite, teils von vorn, fast alle Schüsse aber aus nächster Nähe.

Das alles steht fest.

Es steht nach seinem eignen Zeugnis fest, daß der frühere Fregattenkapitän und jetzige Student Selchow als Bataillonskommandant der Freiwilligen vorher befohlen hat, auf jeden Fliehenden zu schießen. Und daß dieser Befehl befolgt ist, wie die Studenten ihn als ehemalige Offiziere verstanden und befolgt haben. Die Gefangenen wurden durch Kolbenstöße vom Weg abgedrängt,

um die „Flucht“ zu erzwingen.

Einige derjenigen, die dem Schicksal der Fliehenden entrannen, haben ausgesagt, wie sehr sie sich körperlich wehren mußten, um nicht auch in die „Flucht“ zu geraten.

Es steht weiter fest, daß sogar Offiziere der Nachbarkompanien sich der Behandlung der Gefangenen durch den Transport Goebel geschämt haben und die Opfer aus dieser Behandlung herausgenommen haben.

Trotz alledem hat das Militärgericht von Marburg dem Freispruch gefällt.

Seit dem Weltkrieg sind die Menschenleben billig geworden. Viele, die draußen gesehen, wie die Millionen kostbarer Menschenleiber vernichtet wurden, haben die natürliche Scheu vor dem Tod und dem Töten verloren. Deswegen hat die Nachkriegszeit weit mehr Menschenopfer in Deutschland gefordert, als in langen Friedensjahren jemals gefallen sind. Auf beiden Seiten sind diese Opfer gefordert worden.

Aber trotz Meuring, trotz Klüber, trotz selbst der Münchener Geiseln muß man doch feststellen, daß die

größere Zahl der Opfer auf der Arbeiterseite

gefallen ist. Wer die Tötung der Münchener Geiseln im Keller des Luitpold-Gymnasiums mit Abscheu und Empörung vernommen, ist über die Hinrichtungen nicht weniger empört, die die Standgerichte während der Kappage und nach ihnen anordneten und vollziehen ließen.

Aber man vergleiche das Los, das die „Geiselmörder“ von München traf, mit dem der Kappisten und Studenten von Marburg! Man vergleiche die Urteile, die im Ruhrrevier von Ausnahmegerichten in Massen gegen wirkliche und vermeintliche Angehörige der roten Armee gefällt wurden, mit den Urteilen der Kriegsgerichte gegen Marloh und Genossen, mit dem Urteil gegen die Studentenmörder von Marburg. Man denke nur daran, daß das Verfahren gegen die Kappisten dem Reichsanwalt überwiesen ist und daß noch keinem der Prozeß gemacht wurde.

Wer kann angesichts all dieser Vorkommnisse dem Beobachter unrecht geben, wenn er meint, daß das Recht aus Deutschland verdrängt sei? Daß nicht mehr allein nach

der Tat, sondern nach dem Täter geurteilt werde? Keine Begründung eines Urteils kann über den Gesamteindruck hinweghelfen, daß der Arbeiter angeklagt und verurteilt wird, daß aber

der Offizier und sein Klassengenosse straffrei ausgeht. Das Urteil von Marburg unterstreicht diese richtige Empfinden, so daß es jeden in die Augen sticht.

Wir Sozialdemokraten sind weit davon entfernt, Mißurteile zu fordern, wie wir ja grundsätzlich Gegner der Todesstrafe sind. Aber daß wir die planvolle Mißachtung des Menschenlebens, die systematische Tötung „auf der Flucht“ nicht ungeahnt geschehen lassen wollen, bedarf nicht erst der Versicherung. Deswegen erwarten wir, daß das Urteil von Marburg der Nachprüfung durch eine andere Instanz unterliegt, trotzdem unser Veritaun auch zu einem höhern Militärgericht nur sehr gering ist.

Worauf es aber ankommt, ist, daß

das Weiterbestehen der Militärgerichte

die nicht einmal mehr in unsrer Verfassung begründet sind, zur Ungeuerlichkeit wird durch all die Urteile, die sie in der Zeit der politischen Umgestaltung gefällt haben. Es ist ein bössartiges Verschulden der Rechtsparteien, daß sie die Aufhebung der Militärjustiz durch Obstruktion verhindert haben. Aber es ist ein zumindest fahrlässiges Verschulden der alten Koalitionsparteien — so sagt der „Vorwärts“, und er hat recht mit dieser Feststellung, — daß sie in den 1 1/2 Jahren nach der Revolution keine Zeit fanden, diesen Ueberrest aus der militärischen Epoche zu beseitigen, vor allem aber, daß sie durch Abwesenheit zahlreicher ihrer bürgerlichen Abgeordneten erst die deutsch-nationale Obstruktion ermöglichten. Von dieser Schuld ist keine der bürgerlichen Parteien freizusprechen. Auch die

Unabhängigen tragen an dieser Last,

denn in der entscheidenden Sitzung fehlten von ihren 22 Abgeordneten nicht weniger als acht, also mehr als ein Drittel.

Die Passivität gegen die Kapplerbrecher, die unterwürfige Behandlung der Arbeiter und der mordenden Offiziere vor den Kriegsgerichten morden das Rechtsvertrauen im Volke, morden letzten Endes das Recht selber. Erinnert man sich, daß in Bonn ein Arbeiter wegen Beschädigung von steinernen Denkmälern zu der unglaublichen Strafe von 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, daß im Ruhrgebiet die Todesurteile nur so hagelten, und stellt demgegenüber die Tatsache, daß die studentischen Offiziere von Marburg frei ausgehen, trotzdem sie mindestens 16 Menschenleben auf dem Gewissen haben, daß die Mörder von Liebknecht und Luxemburg so wenig gebadt sind, wie die von Sogisches und andern „Müßiggang“, daß die Standrichter von Köpenick heute noch ihrer Anklage oder Verurteilung harren, dann muß man zu der Erkenntnis kommen, daß dieser

systematischen Strangulation der Rechtsgleichheit

endlich, endlich Einhalt getan werden muß.

Die Sozialdemokratie scheidet aus der Regierung aus, weil die Unabhängigen sich weigern, praktisch an der Beseitigung der Mißstände mitzuarbeiten, und weil ipso-facto die Sozialdemokratie im Parlament und in der Regierung aber nicht stark genug wäre, alle Widerstände von rechts zu überwinden. Aber, wenn die Sozialdemokratie wegen der Weigerung der Unabhängigen auch aus der Regierung scheidet, so gibt sie doch nicht ihre Forderungen preis. Eine der ersten, die sie stellen muß an jede Regierung, die kommen mag, ist die Beseitigung der Militärgerichte und die Umgestaltung der bürgerlichen Gerichte durch verstärkte Einziehung von Volksrichtern. Kein Demokrat, vor allem kein Sozialdemokrat kann es dulden, daß das Recht gemordet wird. Wir erstreben in der Demokratie die höchste Form des Rechts, die jede Klassenjustiz unmöglich macht. Diese Form zu finden, ist Aufgabe des neuen Reichstags. Führerin und Antreiberin zu sein, ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Sie wird diese Aufgabe erfüllen.

Aber das Urteil von Marburg darf nicht bestehen bleiben. Denn es mordet das Recht. —

Die neue Regierung.

Sie ist noch nicht da, aber sie soll am heutigen Montag angeblich kommen. Unter der Führung von Zehrenbach, dem bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung.

Auf Erfordern der Demokraten hat die Volkspartei des deutschen Kriegsgewinners Stinnes eine neue Erklärung über ihre Stellung zur Republik und zur Weimarer Verfassung abgegeben. Der Wortlaut ist uns zur Stunde noch nicht bekannt. Er soll die Demokraten zufriedengestellt haben. Sie sind ja vier Tage lang geknetet, und da sind sie eben zuletzt müde geworden.

Aber er mag lauten wie er will: an dem Wesen und Willen der Stinnespartei wird durch Worte nichts geändert, die Deutsche Volkspartei ist keine Volkspartei; sie ist monarchistisch, kappistisch und hält zu ihren Worten nur so lange, wie sie keine Aussicht sieht, sie brechen zu können. Sie hält es mit dem Oberst v. Ledebur, der in den Kapptagen von acht bis neun Uhr abends so viele Eide brach, wie er eine Stunde zuvor geschworen, und der sich dessen noch rühmt.

Weil die Volkspartei reaktionär und monarchistisch und schamwackerisch ist und sein muß, deshalb setzt sich die Sozialdemokratie mit ihr nicht an einen Tisch. Wohl aber war die Sozialdemokratie bereit, eine Regierung bilden zu helfen, die die Demokratie und Republik vertrat und verteidigte. Das ist ihre durch die schroffe Abjage der Unabhängigen unmöglich gemacht worden.

Die Unabhängigen allein trifft daher die Schuld, daß jetzt Monarchisten und Schamwacker in die erste Regierung eintreten, die der erste Reichstag der jungen Deutschen Republik zu bilden hat. —

Auch in Gotha lehnen sie ab.

Die Gothaer Landtagswahlen haben die Unabhängigen in die Minderheit versetzt. Sie verfügen über neun Abgeordnete, ebensobiel zählen die Rechtsparteien. Den Ausschlag gibt der demokratische Abgeordnete Krüger.

Die Unabhängigen lehnen jetzt die Beteiligung an der Regierungsbildung ab, ebenso die Vertretung im Präsidium des Landtags. Da eine leistungsfähige Regierung aus dem Parlament selbst kaum gebildet werden kann, denkt man an die Berufung eines Beamtensabinetts.

Inzwischen dauert die Verwaltung durch den Reichskommissar, Geheimrat Holle, fort.

Überall wollen die unabhängigen Kandidaten wohl gewählt werden, aber tun wollen sie nichts. —

Amliches Reichstagswahlergebnis.

Der Reichswahlleiter Delbrück veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ das amtliche Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. Juni. Die amtlichen Feststellungen weichen in vielen Punkten von den bisher veröffentlichten Ergebnissen ab.

Nach der amtlichen Statistik wurden insgesamt 28 017 590 Stimmen abgegeben. Die Zahl der in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten beträgt 820, durch Berechnung in den Wahlverbänden erhielten weitere 44 Bewerber Sitze im Reichstag, und durch die Reichswahlliste wurden 51 Sitze verteilt. Die Zahl der in den Abstimmungsgebieten bei den Nationalwahlen des Vorjahres gewählten Abgeordneten, die vorläufig auch Mitglieder des Reichstags bleiben, beträgt 42, so daß der neue Reichstag insgesamt 468 Mitglieder zählen wird. Davon entfallen auf:

Sozialdemokraten	112
Unabhängige	81
Kommunisten	2
Zentrum	68
Demokraten	45
Deutsch-nationale	66
Deutsche Volkspartei	62
Wahrscher Bauernbund	4
Welfen	5
Christl.-Soz. Gruppe	21

Die abgegebenen 28 017 590 Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 5 614 456, Unabhängige 4 895 817, Kommunisten 441 995, Zentrum 8 540 880, Demokraten 2 202 894, Deutsch-nationale 3 796 778, Deutsche Volkspartei 3 608 816, Mittelständler 11 970, Nationaldemokraten 8998, Wahrscher Bauernbund 218 884, Welfen 819 100, Wirtschaftsbund 88 852, Wahrscher Volkspartei (Christlich-sozialistische Gruppe, die im allgemeinen dem Zentrum zuzurechnen ist) 1 171 722, Deutschsozialisten 7216, Rausscher Volkspartei 8052, und gesplittert haben sich 84 708 Stimmen. —

Mit Diktaturillusionen gemästet.

Im „Konzerthaus“ hat am Freitag abend der Unabhängige Rudolf Breitscheid gesagt, er verstehe nicht, wie ein politisch denkender Mensch glauben konnte, die Unabhängigen würden in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien eintreten. Allerdings, Herr Dr. Breitscheid, sehr viele politisch denkende Männer haben es nicht für möglich gehalten, daß die Unabhängigen so feig und verantwortungslos handeln könnten, wie sie es bei der Regierungsbildung getan haben. Am wenigsten verstehen das die Arbeiter.

Aber auch innerhalb der Unabhängigen Partei mehren sich die Stimmen politischer Führer, und zwar solcher, die Lehrer waren und noch sind, die heftige Angriffe gegen die Leute um Crispian richten. Nach Karl Rautsky schreibt jetzt u. a. auch Heinrich Ströbel über das „Spiel um die Republik“. Er spricht davon, daß ein neuer Bürgerkrieg in jedem Falle der Selbstmord Deutschlands sein würde. Dann fährt er fort:

Vor diesem grauenhaften Schicksal kann Deutschland nur die Koalition, der Ausgleich der sich allmählich nach links verschiebenden Kräfte im Rahmen der Demokratie retten. Eine wirklich tragfähige und dauernde Koalition wäre die zwischen dem Gesamtsozialismus und den wirklich demokratischen, sozial entwicklungsfähigen Elementen der Demokratie und des Zentrums. Jede andre Koalition wäre nur ein Interimistikum. Und wären Demokratie und Zentrum zu einer solchen Koalition zu bringen, so wäre es

ein Verbrechen der Unabhängigen, eine Beteiligung abzulehnen.

Selbst dann sollten die Unabhängigen den Eintritt in die Regierung nicht ablehnen, wenn die acht Punkte des Gewerkschaftsbundes nicht glatt akzeptiert würden. Ob heute schon diese einzig dauerhafte Koalition möglich ist, ist höchst fraglich. Die unabhängigen Massen sind während der Wahlagituation allzusehr mit Diktaturillusionen gemästet worden, als daß ihnen jetzt die magere Kost einer bescheidenen Koalitionspolitik munden würde. Obendrein

fehlt den Führern der Unabhängigen Partei der Mut, den irregeleiteten Massen plötzlich die nackte, unerbittliche Wahrheit zu sagen. Lieber harri man passiv und fatalistisch der Dinge, die da kommen werden. . . . Sehr möglich also, daß die Unabhängigen diesmal beharrlich jede Mitverantwortung ablehnen, auf die Gefahr hin, daß Volk und Land in die unabsehbaren Krisen gestürzt werden. Kommer wir dann mit einem blauen Auge dabon, so bekommen wir vorläufig auf schwächster Basis noch einmal die alte Koalition oder ein sogenanntes Geschäftsministerium. Aber die Lage einer solchen Regierung würden ebenso gefährlich sein, wie die eines Regierungsblochs der Rechten, der freilich, bevor er das Spiel verloren gäbe, erst noch unglückliches politisches und wirtschaftliches Unheil über das unglückselige Deutschland bringen könnte! Aber wenn dann die charakterlose, ohnmächtige Koalition der Mitte oder des Rechtsbunds sich in einem halben Jahre zum Abhanden gezwungen sähen — nachdem die Papiergeldzirkulation allmählich auf hundert Milliarden und das Wirtschaftslieben vollends auf den Hund gebracht wäre — bliebe den Unabhängigen gleich gar nichts andres übrig, als sich nun endlich zu der vielversprochenen und verabsähtenen Koalition zu bequemen.

sofern sie nicht durch ein unsinniges Aäerexperiment dem Sozialismus fürs erste den Garau machen wollten, wozu wir sie viel zu vorsichtig halten! Heute führen noch bornierte Fanatiker und Phantasten das große Wort — rechts wie links. Aber die Koalition ist unzerbrechlich und ihre mutige und kraftvolle Vorbereitung die Pflicht und das Verdienst aller Vernünftigen!

Crispian, Breitscheid und die „Freiheit“ sagen, nur politisch ungeschulte Leute konnten erwarten, daß die Unabhängigen in die Regierung gehen. Heinrich Ströbel, dessen Name in der sozialistischen Arbeitererschaft schon einen guten Klang hatte, als

gewisse andre Leute noch für bürgerliche Parteien kandidierten, bescheinigt, daß in seiner Partei noch bornierte Fanatiker und Phantasten das große Wort führen und erklärt mutige und kraftvolle Vorbereitung der Koalition sei die Pflicht aller Vernünftigen. —

Das Schulkonto der Unabhängigen.

Bei der Magistratswahl in Behe (Hannover) hatten es die Unabhängigen in der Hand, eine sozialistische Mehrheit in der Stadtverwaltung zu bilden. Nach ihrer Fraktionsstärke im Bürgervorsteherkolleg (Stadtverordnetenversammlung) hätten den Unabhängigen zwei Magistratsitze zugestanden, die mit den vier der Sozialdemokraten in dem im ganzen achtsköpfigen Magistrat die absolute Mehrheit gebildet hätten.

Die unabhängigen Kommunalen, verzichteten aber darauf mit dem fadencheinigen Grunde, daß sie zwar bereit seien, einen rein sozialistischen Magistrat zu bilden, aber aus „Grundsätzlichkeit“ nicht in einen Magistrat eintreten könnten, dem die bürgerlichen Parteien dann die Minderheit gehabt hätten. Dabei tuzhen die Unabhängigen genau, daß auch für die Magistratswahlen die Verhältnisse der Wahl gesetzlich festgelegt ist, das Bürgertum also gar nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Unabhängigen im Beher Rathaus gingen aber noch weiter. Wenn sie schon nicht selbst zwei Magistratsvertreter stellen konnten oder wollten, so hätte es nahe gelegen, dann wenigstens für die sozialdemokratische Liste zu stimmen, unferhalbden etwa als „kleineres Uebel“, um wenigstens so eine sozialistische Mehrheit zu sichern, da dann die beiden Sitze der Sozialdemokratischen Partei sicher zugefallen wären. Statt dessen trieben sie Obstruktion und entzanden zur Wahlzeit nur zwei Hochposten, die sich nicht an dem Wahlakt beteiligten. Sie erzielten damit, daß unsrer Partei nur ein Sitz zustel. Der ande wurde durch die unabhängige Taktik den Bürgerlichen ausgespielt.

Damit erhielt der Magistrat eine Zusammensetzung von fünf Sozialdemokraten zu fünf Bürgerlichen. Die Gelegenheit, die Mehrheit für den Sozialismus zu erobern, wurde durch die Taktik der Unabhängigen verhindert.

Ein Beispiel im Kleinen dafür, wie die Unabhängigen es im Reiche im großen treiben. Das Schulkonto der Unabhängigen gegenüber der Arbeiterklasse wird immer noch mehr belastet. —

Der weiße Schrecken in Ungarn.

Die Verhängung des Wohlotts durch den Internationalen Gewerkschaftsbund über Ungarn hat den derzeit dieses unglückliche Land Regierenden eine heilsame Angst eingebracht. Zu ihrer Verteidigung verlegen sie sich aufs Leugnen. Wesehen davon, daß die Ablehnung des Schreckensregiments in Wirklichkeit bekräftigt, was sie bestreihen will, können wir den Herren ihre eignen Eingeständnisse entgegenhalten.

Es war am 5. Juni im Parlament von Budapest. Graf Apponyi, Minister des Neuhern, bestieg die Rednertribüne um eine Erklärung abzugeben. „Wir können unsre Leben nicht wieder zum Leben erwecken,“ sagte er, „aber wir können die Sympathien des Auslandes wiedergewinnen. Es ist notwendig, die englische Arbeiterpartei (die damals eine Delegation nach Ungarn geschickt hatte) für uns zu gewinnen. Wir müssen die Mut aufbringen, die Dinge auszusprechen, wie sie sind. Die ungarischen Offiziere begehen fortwährend die schrecklichsten Verbrechen. Wanden von Biblischen und Militärbegeben fortgesetzt haarsträubende Untaten.“ Apponyi schloß seine Rede mit dem Verlangen, daß die terroristischen Abteilungen sofort entlassen werden sollen.

Sufjar, früherer Ministerpräsident, Rubine, Landwirtschaftsminister, bestätigten die Erklärungen Apponyis. Rubine sagte u. a., daß die Haltung der Offiziere die Juden und die Bauern geeinigt hätten gegen den feudalen Großgrundbesitz und man sich am Vorabend einer Bauernrevolution befände.

Der Kriegsminister versuchte vergebens die weißen Garben die die „Ehre Ungarns beschützt“ hätten, zu verteidigen. Er wurde einfach niedergefahren.

Es ist am Blake, diese Eingeständnisse der Verbrechen durch Mitglieder der ungarischen Regierung deren lebigen Demen entgegenzuhalten. —

Der polnische Zusammenbruch.

Das kaum gebildete polnische Koalitionsministerium bröckelt, in dem die bekanntesten Sozialisten Daszynski und Dymand die Ministerportefeuilles des Neuhern und des Handels inne hatten, ist zusammengebrochen, ehe es eigentlich in Funktion getreten war. Zwei der Kleinen Gruppchen, deren es zur Mehrheitspartei bedurfte, traten aus der Koalition aus und damit war dem Ministerium der schmale Boden unter den Füßen weggezogen. Nun ist der westpreussische Pöbel Dreffki mit dem Kabinettsbildung beauftragt worden. Wie auch dieser Versuch ausfallen mag, an dem wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruch Polens wird er nichts ändern können.

Daszynski unternahm es, in der Pariser „Humanité“ eine Rechtfertigung der polnischen Offensive gegen Sowjetrußland zu versuchen. Er stellte die Sache einfach so dar, daß Sowjetrußland es gewesen wäre, das das unschuldige und friedliebende Polen angegriffen hätte! Er appelliert dann an die französischen Sozialisten, in Moskau ihren Einfluß geltend zu machen, damit die Sowjetregierung das polnische Friedensangebot annehme.

Wir sind keine Verteidiger Sowjetrußlands. Wir sind Gegner seiner wirtschaftlichen Experimentalpolitik und der roten Terrors gegenüber politischen Gegnern. Aber umj Begnerschaft verblendet uns nicht derart, daß wir, in Daszynski es tut, die Schuldfrage in dem polnischen Abenteuer einfach umkehren. Daszynski sagt u. a., Kiew sei nicht russisch und die russischen Sowjettruppen hätten dort nichts zu suchen. Dasselbe gilt aber auch für die Polen. Statt einen „Freiheitskrieg“ für die Ukraine zu unternehmen, hätte Polen besser getan, einen Befreiungskrieg im eignen Lande zu unternehmen. Statt dessen gaben sie sich zum Mittel Frankreichs und Englands her. Nun bekommen sie Prügel, trotz 740 französischen Offiziere, darunter neun Generale, trotz 2000 englischen Tanks und Kanonen. Diese militärische Hilfe der Franzosen und Engländer, die den militärischen Zusammenbruch

nicht abwenden konnte, hat den wirtschaftlichen Zusammenbruch nur beschleunigt. Am 11. Juli wird Polen in den Abstimmungsgebieten auch ein politisches Fiasko erleben. J.S.S.

Aussprechen, was ist.

In einem langstieligen Artikel bemüht sich die „Magdeb. Zeitung“ auf unsere Notiz zu antworten. Wie alle unmissfalligen Dienste gern über Musik, spricht das Haberblatt von seiner „Grundfähen“. Man höre: „Wir möchten demgegenüber in aller Bescheidenheit feststellen, daß wir uns bestreben, zwei Grundfähen in jedem Falle hochzuhalten.“ — Diese zwei „Grundfähen“ des strebsamen Blattes sind: Sachtigkeit und Anständigkeit in der Polemik! Was mit politischen Grundfähen nichts zu tun hat.

Aber wie kommt das Haberblatt nur auf den unglückseligen Gedanken, gerade diese „Grundfähen“ in Anspruch zu nehmen? Das selbe Blatt, das die Verleumdungskampagne gegen Genossen Scheibemann mitgemacht hat; das der Erbergerhege ihre Spalten öffnete; das seit Jahr und Tag alle persönlichen Anzeiger gegen unsre Genossen in der Regierung mit schmutzigen Behagen abdruckte; das die verleumderische Kampagne gegen unsern Genossen Landrat Fischer in die Welt setzte; das gegen den Oberpräsidenten, Genossen Hörsing, schon in persönlicher Weise schürte, bevor er noch in Magdeburg war, usw.

Die „Magdeb. Ztg.“ will uns gnädig beschämeigen, daß wir „in den Nobembertagen 1918 und seither“ uns „erhebliche Verdienste um Deutschland erworben“ haben. Ein Lob, das ihr natürlich nicht leicht wird und das sie nur erteilt, um unsre gegenwärtige Schlechtigkeit desto schwärzer malen zu können. Und sie zitiert Lensch und Kautsky!

Lensch hat in einem bürgerlichen Blatt u. a. geschrieben: „Das Ausschleiden der Sozialdemokratie aus der Regierung ist unmöglich, man kann heute nicht nur nicht gegen die Arbeiterklasse, man kann nicht einmal mehr ohne sie regieren.“

Das Haberblatt sagt dazu: „Das ist auch unsre Auffassung.“ Nun also! — Schnell folgt die „Magdeb. Ztg.“ aber hinzu, daß die Arbeiter in der Regierung „ihrer Bedeutung entsprechend“ vertreten sein sollen. Das heißt, nicht einmal in ihrer bisherigen Stärke, denn „durch das bisherige Parteilshem“ ist ja die „Staatsautorität zugrunde gewirtschaftet worden“, wie in dem Programm der Stinnespartei steht, das die „Magdeb. Ztg.“ mit der Bemerkung abdruckte: „Dieses Programm ist gut und man wird nur hoffen dürfen, daß es verwirklicht wird.“

Es stehen noch andre schöne Dinge in jenem Programm. Wir haben einiges davon hier abgedruckt. So beschreiben, wie das Haberblatt tut, sind wir nicht, um uns mit Leuten, deren Programm es für gut findet, an einen Regierungstisch zu setzen, unsrer „Bedeutung entsprechend“.

Wir haben eine höhere Meinung von unsrer Verantwortung und von der Bedeutung der Arbeiterklasse. Weder wirtschaftliche noch internationale Politik können wir mit der Stinnespartei zusammen machen. Auf internationalem Gebiet hieße das Kriegspolitik, die Sprache Venins, die Sprache Kennals, wie die „Magdeb. Ztg.“ ausdrücklich schrieb. Auf wirtschaftlichem Gebiet verzicht auf Sozialisierung, „vorübergehende“ Aufhebung des Achtstundentags. Das Haberblatt schreibt es ja selber. Inmitten der Periode der Wulutgewinne, während 20, 30, 40 Prozent Dividende verteilt werden, hat das Blatt die Stirn, von einer „billigen Entrechtung des Kapitals“ zu reden, die so nicht weitergehen können! Wer wissen will, wie sich das Haberblatt den wirtschaftlichen Wiederaufbau vorstellt, der lese nur die Artikel seines landwirtschaftlichen Mitarbeiters. Schrankenlose Ausplünderung der Verbraucher ist dessen Leitmotiv.

Als die Sozialdemokratie die Regierung übernahm, sah es in Deutschland erheblich schlimmer aus als jetzt. Und doch schreien ihre selbsterhaltenen verantwortungslosen Kritiker vor der Nachfolgerschaft zurück. Sie stellen sich und das Haberblatt stellt ihnen damit ein politisches Armutzeugnis aus.

Als Genosse Hermann Müller den Vertrag von Versailles unterschrieb — das Haberblatt ist unvorsichtig genug, daran zu erinnern —, fanden wir erbarmungslosen Feinden gegenüber. Heute hinterlassen wir Kreditabkommen in Holland, Amerika, Norwegen und Dänemark. Unsre ehemaligen Feinde haben sich bereit erklärt, Deutschland instand zu setzen, seine zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen, seine Schuld zu unschreiben. Darüber soll in Spa verhandelt werden. Der Pfahl der Auslieferung der Kriegsverbrecher ist aus dem Fleische des deutschen Volkes gezogen. Das Loch im Westen ist verstopft. Die zweite schleswigsche Zone gehört wieder unbestritten zu Deutschland. Niemand zweifelt mehr, daß das Resultat der Abstimmung am 11. Juli ein gleiches sein wird. Wir haben Freunde in Italien, in England, in Amerika, wo wir vor einem Jahre nur erbitterte Feinde hatten. Die Ar-

beitsfreudigkeit hat sich gehoben, die Massenproduktion, der Eisenbahnverkehr werden wieder normal. Das Erbe, das die Sozialdemokratie hinterläßt, ist erheblich leichter anzutreten als das, das wir übernahmen.

Wir können in eine Regierung mit den bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden der Verfassung und der Republik stehen, nur eintreten, wenn in ihr die Arbeiterklasse „ihrer Bedeutung entsprechend“ vertreten ist, wenn die Unabhängigen, die heute 30 Mann stark sind, auch vertreten sind. Die Stinnespartei ist keine republikanische, geschweige denn eine Arbeiterpartei. Mit ihr kann eine Arbeiterpartei, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, keine Regierung bilden. —

Gegner über unsre Presse.

Seit Jahrzehnten hat die Arbeiterklasse die gewaltige Bedeutung einer guten Presse richtig erkannt, und in mühseliger Arbeit ist in allen Teilen des Reiches Blatt um Blatt ins Leben gerufen worden. Mühen und Opfer wurden nicht gescheut, um die sozialdemokratische Presse zu einem Machtfaktor zu gestalten. Das ist gelungen. Die sozialdemokratische Presse ist auch bei den Gegnern geachtet und gefürchtet. So schrieb z. B. die konservativ orientierte literarische Monatschrift „Der Türmer“:

Es ist dahin gekommen, daß man der sozialdemokratischen Presse freiwillig ein Monopol auf die Aufdeckung und Kritik einer ganzen Reihe öffentlicher Missetände eingeräumt hat und fort und fort weiter einräumt. Für den wahrheitsliebenden Leser ist es tatsächlich kaum noch möglich, sich ein Bild von den wirklichen Vorgängen und Zuständen auf gewissen Gebieten zu bilden ohne Zuhilfenahme der sozialdemokratischen Presse. Welche Wirkungen von dieser Tatsache auf die weitesten Kreise ausgehen müssen, welche Fehler und widerstrebliche Waffe dadurch der Sozialdemokratie in die Hand gebracht wird, brauche ich hier ebensowenig weiter auszumalen wie den ausgiebigen Gebrauch, den sie mit dieser Waffe mit immer größerem und — was vom „bürgerlichen“ Standpunkt am tiefsten zu beklagen ist — mit moralisch berechtigtem Erfolg macht.

In den letzten Jahren und Monaten sind die Aufgaben der sozialdemokratischen Presse ins Ungeheure gewachsen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse gefährden den Fortbestand der Zeitungen auf das ernsteste. Selbst die vom Großkapital unterstützten bürgerlichen Blätter erliegen den Schwierigkeiten. Dieser ersten Gefahr kann die Arbeiterklasse entgegenwirken durch Einfluß aller Kräfte zur

Erhaltung der eignen Presse.

Es ist jetzt Zeit, den Willen zur Mitarbeit in die Tat umzusetzen. Am Quartalschluß bietet sich Gelegenheit, neue Leser zu gewinnen. Jeder werde darum

neue Leser der Volksstimme.

Jahresabluß der Deutschen Bank.

Je größer die Not des Volkes, des Reiches, der Länder und Gemeinden wird, desto einträglicher gestaltet sich die Funktion des Reichskapitals. Die Wammuziffern der Deutschen Bank reden in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Im Geschäftsjahr 1919 stieg ihr Umsatz von 248 auf 428 Milliarden. Die Bilanzsumme von 7,8 Milliarden auf 15,8 Milliarden, der Bruttogewinn von 180,57 auf 218,52 Millionen; der Nettogewinn von 49,5 auf 64,4 Millionen. Die Aktionäre erhalten wie im Vorjahr nur 12 Prozent, 1917 empfingen sie 14 Prozent. Von unsichtbaren innern Rückstellungen abgesehen, erscheinen als neue offene Reserven je 5 Millionen Jubiläumssonds und freie Rücklage und außerdem ein Vortrag von 11,8 Millionen. 4,8 Millionen wurden auf Mobilien abgeschrieben, die heute den zehnfachen Wert der Anschaffungskosten repräsentieren und 8,8 Millionen auf Bauland, deren Wert ebenfalls gestiegen ist.

Was will es demgegenüber bedeuten, wenn sich die Handlungsunkosten von 46,4 auf 108,3 Millionen erhöhten und den Beamten 9 Millionen zugewendet wurden? Wie kärglich erscheint gegenüber den Gewinnziffern der für alle Großbanken typischen Bilanz die Hartnäckigkeit, mit der man sich den Forderungen der Bankbeamten beim letzten Streit entgegenstellte.

Die Frage, woher die Prosperität des Reichskapitals in einer Zeit allgemeiner Verelendung stammt, ist leicht zu beantworten: eben aus dem Einkommen des Reiches, der Länder und Gemeinden. Die für Rechnung des Reiches und von der Reichsbank übernommenen Verbindlichkeiten betragen Ende 1919 nicht weniger als 1217 Millionen. Die Reichsbank ist gar nicht mehr in der Lage, die Finanzbedürfnisse der öffentlichen Körperschaften allein zu erfüllen. Gätten die Banken die Verpfichtung, ihre Bilanzen so durchsichtig aufzustellen, daß daraus zu ersehen wäre, aus welchen Quellen ihre Einnahmen aus „Zinsen und Wechseln“ fließen — bei der Deutschen Bank sind es nicht weniger als 141,3 Millionen —, so könnte man erfahren, in welchem Umfang die öffentlichen Körperschaften der Hochfinanz tribut-

pflichtig geworden sind. Auf der andern Seite würde man aber auch einen Einblick in den Warenverkehr erlangen. Allein unsre vollständige auf der „Freiheit“ der kapitalistischen Wirtschaft aufgebauten Wirtschaft des Handelsgebiets verlangen etwas Derartiges nicht und freiwillig ist auch die Reichsbank trotz mehrfacher Anpreisung nicht gewillt, die Unübersichtlichkeit ihrer Ausweise aufzugeben. Im Reichstag aber scheint sich niemand zu finden, der etwa die Reformbedürftigkeit der Vorschriften über die Aktiengesellschaften anspricht, wie denn das Arbeiterministerium und das Finanzgebahren der demokratischen Republik sich leider in den finanzpolitischen nicht verlassenen Bahnen des alten Staates bewegen mußte.

Infolge dessen geht mit zunehmender Verminderung des sogenannten Nationalvermögens eine Vermehrung des fiktiven Kapitals Hand in Hand. Auch das ist einer der Reizungsfaktoren und der ununterbrochenen Tätigkeit der Notenpresse. Denn solange wir unsrer fiktiven Kapital durch Dividendenauszahlungen, Kapitalerhöhungen und Preissteigerungen vermehren, in demselben Maß muß auch eine Vermehrung der Zirkulationsmittel eintreten. Solange sich die kapitalistische Schlinge berart in den Schwanz beißen kann, gibt es keinen Halt auf der abschüssigen Bahn zum finanziellen Zusammenbruch. Diese Lehre ergibt sich aus der Bilanz der Deutschen Bank, wie aller andern hochrentierlichen Unternehmungen von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Z. Z.

Notizen.

Es bleibt bei 100 000 Mann. Die Völkerverkonferenz der Alliierten hat die Entscheidung über die Frage der Entlassung Deutschlands getroffen. Die Entscheidung entspricht der Ansicht der interalliierten militärischen Komitès. Sie wird den Regierungschefs in Boulogne mitgeteilt werden. Dieser amtlichen Mitteilung fügt der „Temps“ hinzu, daß das deutsche Heer bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann zurückgeführt werden müsse. Sollte dies Heer nicht genügen, um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten, müsse zur Schaffung regionaler Polizeitruppen geschritten werden. —

Der Arbeitsplan des Reichswirtschaftsrats. In den nächsten Tagen wird die Enderkundung des Reichswirtschaftsrats zum 30. Juni nach Berlin in das frühere Herrenhaus erfolgen. Es wird dem Reichswirtschaftsrat eine Denkschrift über die wirtschaftliche Lage vom Reichswirtschaftsministerium überreicht, die Gegenstand einer umfangreichen allgemeinen Aussprache werden dürfte. Man kann annehmen, daß die Vorkundungen des Reichswirtschaftsrats sich auf etwa 14 Tage erstrecken werden. Das Reichskabinett hat folgende zwölf Mitglieder in den Reichswirtschaftsrat delegiert: 1. früherer Staatssekretär Dr. August Müller, 2. Prof. Dr. Herzer, 3. Prof. der Landwirtschaft Arboe (Weipzig), 4. Reaktor Artur Feiler (Frankfurt a. M.), 5. Karl Kautsky, 6. Prof. der Handelswissenschaft an der Universität Köln Schmalenbach, 7. Professor Dr. Heberer (Helmstedt), 8. Prof. Dr. Ernst Franke (Wesling), 9. Prof. der Volkswirtschaft Embres (München), 10. Max Cohen (Neuß), 11. Abg. Brauns (M.-Glabach, Zentr.) und 12. Geh. Justizrat Kempner (Berlin). —

Genosse Ebert und die Sattler. Der Reichspräsident Ebert war von der Verwaltungsstelle Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuller aus dem Verband, dem er seit vielen Jahren als Mitglied angehörte, ausgeschlossen worden, weil er mehrere Todesurteile aus Anlaß der Ruhrrevolte bestritten hatte. Ebert protestierte beim Ausschuß des Verbandes gegen den Ausschluß und wurde jetzt, wie der „Vorwärts“ meldet, wieder in seine alten Mitgliedsrechte eingeseht. —

Der frühere Abgeordnete Schnaidt-Carlath ist in Berlin im Alter von 68 Jahren gestorben. Er war der „rote Bring“, denn er war liberal. Zuerst nationalliberal, dann wilhelmaliberal. Nach der Revolution schloß er sich den Demokraten an. Seit 1881 hat er seinen Heimatort Guben-Wübben im Reichstag vertreten und als Nationalliberaler oft gegen die Nationalliberalen, weil Reaktionen, gestimmt. —

Abgeordneter Friedberg gestorben. Der frühere nationalliberale Führer, jetzige Demokrat Friedberg, ist in der Nacht zum Montag an einem Schlaganfall gestorben. Er war der Führer der preussischen Nationalliberalen und hat als solcher noch vor 2 Jahren gäh am preussischen Privilegienwahlrecht festgehalten. Im Reichstag sah er von 1898 bis 1899 für Unhalt 2. Sein Wesen und Wirken war reaktionär. Der demokratische Kopf, den er zuletzt anzog, war so durchsichtig, daß er seine wahre Natur nicht verbergen konnte. —

Depeschen.

Reichskanzler Fehrenbach.

W. L. W. Berlin, 21. Juni. Der Reichspräsident hat den Präsidenten der Nationalversammlung, Rechtsanwalt Fehrenbach, zum Reichskanzler ernannt. Abgeordneter Fehrenbach hat die Berufung angenommen. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Kabinettsbildung nunmehr recht bald zum Abschluß gelangen. (Siehe die heutige Uebersicht „Die neue Regierung“ auf der 2. Seite. Red.) —

Obst-Verpachtung.
Die diesjährige Öffnung der Herrntreuß Plantage soll am Donnerstag den 24. Juni d. J., vor mittags 10 Uhr, im Bureau der Garten-Verwaltung, Hauptwache 46, III, anderweitig öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Die Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.
Magdeburg, den 21. Juni 1920. Der Magistrat.

Vorteilhaftes Angebot!
Die von der Presse angekündigten
billigen Heringe
sind eingetroffen. — Offertiere 2403
1a. Holländer Heringe . . . Stück M. 1,25
1a. engl. Matfuhl-Heringe Stück M. 1,40
1a. engl. Fuß-Heringe . . . Stück M. 1,70
Marinierte Heringe . . . Stück M. 1,50
Alexander Bock,
Heringe- und Feinstochhandlung,
Schuhbrücke 9. Fernsprecher 1061.

500 Mk. Belohnung.
Sonntag abend zwischen 6 1/2 und 8 Uhr wurde mir aus der verschl. Wohnung die gesamte Stoff- und Bettwäsche (G. E. K. und E. G.) nebst einem Goupésoffer sowie gelbe Lederhandschuhe mit braunem Stoffbezug gestohlen.
Für Wiederherbeschaffung der Sachen zahle ich obige Belohnung. [2459] G. Kracht, Sternstraße 11.

Jedes Kind weiß es:
Diamantine
ist jetzt nieder der beste Schuhputz
Fabr. Rud. Stacks, Melle i. S.



Dänische Milchflaschen
3/8 und 7/10 Liter Inhalt, kaufen zu besonders hohen Preisen
Sorger & Freund
Abholung kostenlos.
Schneebergstr. 12. Telephon 7729 u. 6548

GUMMI-GARTEN-SCHLÄUCHE
Primo Qualitäten
HUGO NEHAB
JOHANNISBERG-STRASSE 2



Billige gute Schuhe!
Schuhhaus COORS
Halberstädter Straße 116
Wir gewähren trotz billiger Preise bis Ende Juni auf
schwarze Artikel . . . 10% Rabatt
weiße u. farbige Artikel 20% Rabatt



Jetzt wieder geöffnet!
Sorgers Gelegenheitskauf
3 Jakobstraße 3 3 Jakobstraße 3
Große Auswahl in Herren-, Burischen-, Knaben- und Kinder-Anzügen sowie Hüsen u. Arbeiter-Konfektion zu besonders günstigen Preisen.
3 Satobstraße 3 **Sorgers Gelegenheitskauf** 3 Satobstraße 3

Ein Waggon Emaille

zu extra billigen Preisen!

Schmortopf 24 cm 18.75	Ein Posten Eimer Größe 28 cm 28.75	Kaffeekessel gefangt, 3 Liter Inhalt 26.50
Schüssel oval, 28 cm 3.25	Kaffeekrüge mit Verschluss 3.75	Kaffeekessel 18 cm 8.75
Nachtgeschirr 20 cm 5.75	Schüsseln rund, 30 cm 6.95	Schöpflöffel 8 cm, grau 1.65
Milchkannen 1 1/2 Liter Inhalt 3.75	Maschinentopf 18 cm 6.95	Eimer grau, 22 cm 11.75
Waschbecken oval 5.50	Tassen mit Untertasse, weiß 2.95	Kasserolle 10 cm, mit Stiel 3.50
Kaffeekessel 9 cm 1.75	Schaumlöffel weiß, 10 cm 3.50	Essenträger 18 cm 10.75
Kasserolle mit Griffen 6.50		

4 Posten billige Waschstoffe
Kleiderleinen-Imitat verschiedene Farben Meter 13.50
Musselin hell und dunkel gemustert Meter 14.50
Kleidervoile 120 cm breit, rosa und hellblau Meter 19.50
Kleiderbatist 120 cm breit, seidenglänzende Qualität Meter 27.50

Vorhemden weiß und farbig 4.75	Maschinengarn Soweit Vorrat! in weiß und schwarz Rolle 200 Yards 1.75	Druckknöpfe Duzend 20,-
Sportkragen beige 4.25	100 Geschäfts-Umschläge 3.95	Leinenband weiß und grau Meter 30,-
Selbstbinder breite Form 7.50	100 gute Schreibfedern 1.95	Miederband mit und ohne Stäbe Meter 35,-
	1 Mappe Briefpapier 5 Bogen, 5 Umschläge 48,-	

Damen-Hemden gutes Hemdentuch, mit breiter Stickerei und Passe 48.00 39.00
Damen-Beinkleider gute Qualität, mit breiter Stickerei 32.00
Damen-Untertailen mit breiter Stickerei garniert 18.50
Badehosen in allen Größen 6.50 4.25 2.95

Streichhölzer 5 Schächeln 1.75	Hemdentuch für Bett- und Schuhcreme große Dose 1.45 Bohnerwachs gew Dose 5.50 Deutsche Feinseife Stück 4.00	Hemdentuch für Bett- und Schuhcreme große Dose 1.45 Bohnerwachs gew Dose 5.50 Deutsche Feinseife Stück 4.00	14.50	Toilettenpapier Krepp Rolle 65,- Fliegenfänger Stück 25,- Rucksäcke 9.50 6.75 4.75 Reisekoffer mit Schließloch 19.75
--	---	---	-------	---

Warenhaus Raphael Wittkowski

Magdeburg, Breiteweg 61

Mücken-Plage
Schutzmittel gegen Mücken und Stechfliegen
Hof-Apotheke
Breiteweg 156.

Kücheneinrichtungen
u. 600 b. 4000 Mtr., Schlafzim-
mer u. 4500 Mtr. an, sehr schön
Wohnzimmer, Schrei-
bische, Kessel, Wasserkocher,
Schaffelregale preiswert
Fey, Schönlinger Str. 28
Sehr guter Kleiderkram
zu verkaufen Pränzlberg 2,
Gettengeb. Unt. 3. Aufg. 1. St.

Stanzeln, Briefpapier
u. and. Gebrauchsgart.
off. Städt. u. Kaiserl.
H. Müller, Obvest. Str. 66

Schreibmaschinen-
1328 Reparaturen
Verkauf - Miete - Ankauf
aller Büro-Hilfsmaschinen.
Ludwig Haase, Magdeburg
Schwibbogen 2, Tel. 2071.

Freiwillige
Bersteigerung.
Donnerstag den 24. Juni,
nachmittags 8 Uhr, werden
auf d. Pionier-Wasserbau-
platz an der Königstraße

2 Bretterhallen
zu Gartenlauben sehr geeignet,
preiswert zu verkaufen
Schupp, Gerichtsvollzieher.

Perludin
die Perle der Schönheitsmittel.
Kurt de la Porte
Kontor und Lager
Berliner Str. 27, Tel. 5719

Warzen
Spezialmittel
Hof-Apotheke
Breiteweg Nr. 156,
am Ulrichsbogen. 135a.

Englische
Zigaretten
Orig.-M., optimum 430.00
pro Millio . Markt
echte Goldflake,
Deutsche Zigaretten
aus holländ. Tabak 13-1
aus holländ. Tabak 13-1
Rauchtabak Feinschnitt,
u. preis- Zigaretten abzugeben
Wilhelm Hollmann
Bahnhofstraße Nr. 14
- Fernruf Nr. 4049.

Wirksames
Hämorrhoiden-
Mittel
in
Flüssiger
Form
CORNUCOLL
HOF-APOTHEKE
BREITEWEG 156

Homöopath. Praxis
Maßen
Prälatenstr. 14, 2. Etz.,
Simmelschstraße. 135
Sprechst. 9 bis 4, Sonntag
9 bis 11 Uhr. (Donnerstag
keine Sprechstunde).
Garnunternehmung.

Homöop. Praxis
nach Dr. Willh. Schwabe.
Innere und äußere
Krankheiten.
Gewissenhafte Behandlung.
H. Altmann jun., Drantier
4. Gute Leder. - Rein Laden.
Edt. Bahnhofstr. 3. Mitt. von
Jürgensen, Schreierstr. 8. Hauptbhf. Sprit. 1-3-8. Sta. 9-1.

Zuschneidekursus.
Gründlicher Unterricht im Zuschneiden und Schneidern.
Nachmittags- und Abendkursus.
Frau M. Eichel, Kaiserstr. 46.

Dampfwaschanstalt Triumph, G. m. H.
Fabrik: Rogauer Str. 43-54. Fernruf 1808.
Eigene Läden und Annahme:
Schrotbofener Str. 2-3. Alt-Germersleben 55.
Wittenberger Straße 26. 1477
Reinigung sämtl. Arten Wäsche
und Gardinen.
Feine Herrenwäsche wird auf Hochglanz gebügelt.
Wäsche nach Gewicht gewaschen, bürstet
durch die Waschfrau hergestellt.
Abholen und Zustellen kostenlos.
Neu eröffnet für Südost. Leben 55 (Ruhe-Gastöte)

Elegante
Maß-Anfertigung
Für die Reise-Saison:
Herren-Anzüge nach Maß Mk. 1800.- 1500.- 1250.-
Herren-Beinkleider nach Maß Mk. 475.- 350.- 290.-
Herren-Paletots nach Maß Mk. 1450.- 1250.- 1150.-
la. Kammgarne, Cheviots, Homespuns, Covercoats
sehr preiswert und in reicher Auswahl.
Garantie für besten Sitz. - Lieferung in kürzester Zeit.
H. ESDERS & Co.
Breiteweg 45/47. 1507

Damenschneiderei.
Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen, Hüte werden an-
gefertigt, Modenskizzen und Muster wird sauber und
schnellstens ausgeführt.
Schneidermeisterin Anna Neubert, Fröh-Reuter-Straße 1,
Gartenhaus III, am Volkshaus.
Umzüge
Führen aller Art
Gebäudebeförderung, ein- u.
zweispännig, überneh. sofort
Blauwe Radler, Schneefeldstr. 8,
Telephon 5250 und 2475.
Ofenwische
Kosak
gibt sofort auf allen Eisenteilen
schönsten Silberglanz.
Alleiniger Hersteller: Carl Gentner, Göttingen (Württg.).

Kohlen-Ausgabestelle St.-Michael-Str. 21a
Verkaufszeit täglich von 8 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags.
Wir empfehlen
Briketts - Grudekoks
und sonstige Brennmaterialien
in bester Beschaffenheit. 1831
Schultze & Scharrer G. m. b. H. & Co.
Fernsprecher 1128.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Juni 1920.

Regierungskrise und Parteien.

Ueber dieses Thema sprach am 19. Juni in Preter in sehr gut besuchter Versammlung der Magdeburger Polizeipräsident Genosse Krüger. Er führte etwa folgendes aus:

Das Resultat der Wahl ergab ein hartes Anschwellen der oppositionellen Mandate von rechts und links, aber keine der Parteien kann ihren Sieg froh werden, weil sie zwar die verlästerte Koalitionsregierung unmöglich gemacht haben, selbst aber nicht in der Lage sind, eine Regierung zu bilden. Mit demselben Eifer wie vorher über die Koalitionsregierung geschimpft worden ist, weil sie so miserabel regiert habe, schimpft man jetzt über die Sozialdemokratische Partei, weil sie die Regierung nicht wieder übernehmen wollen. Die Sozialdemokratische Partei ist sich ihrer Pflicht bewußt, mit Aufopferung ihrer ganzen Kräfte seit dem November 1918 das Beste für das Volk getan zu haben. Wenn eine ähnliche Opferwilligkeit und Verantwortung auch die andern Parteien besäßen, würden wir niemals zu einem solchen Wahlkampf und zu einem solchen Reichstag gekommen sein. Leider muß das Volk den Schaden tragen und die Wähler kommen nunmehr zu der Einsicht, daß sie auf die Lockungen und Versprechungen der gewissenlosen Oppositionsparteien von links und rechts hereingefallen sind, denn jetzt zeigt es sich, daß sie zwar herunterziehen, negieren und behaupten wahrheitswidrig kritischer konnten, aber nichts besser machen können. Wenn eine auf Grund der letzten Wahl mühsam zusammengesetzte Regierung, in dem die Reichselemente Dank des Verhaltens der Unabhängigen aufstehen werden, mit der Enterte in Spa über die Milderungen des Friedensvertrags verhandeln wird, vorausgesetzt, daß es dazu kommt, dann erst werden den deutschen Wählern und Wählerinnen die Augen aufgegehen und sie werden merken, wie schwer sie gemißbraucht worden sind.

Das ist das Gute aus diesem elenden Wahlkampf, daß diese bittere Lehre die Wähler zwingen wird, sich mit ihren staatsbürgerlichen Rechten gewissenhafter zu beschäftigen, damit sie lernen, auch das Wahlrecht verantwortungsvoll für sich und den Staat zu gebrauchen. Wie lange der Reichstag wird zusammenbleiben können, kann niemand sagen, aber daß seine Lebensdauer unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur kurz sein kann, das steht fest. Deshalb muß jetzt schon die Wahlerschaft aufgeklärt und gewarnt werden, sich nicht aufs Neue einspannen zu lassen, wenn es wieder gilt, das Geschick des deutschen Volkes mit dem Stimmzettel zu entscheiden.

Von jetzt bis zur nächsten Wahl wird die Parole lauten müssen „Reaktion oder soziale Demokratie“. In der Hand der Wähler liegt es dann, sich für die deutschnationalen völksparteiliche Reaktion oder für die freie soziale Demokratie gegen Gewalttätigkeiten von rechts und gegen Räuberhorden von links zu entscheiden. Das Volk muß das höchste Gesetz bleiben.

Rebhafter Beifall folgte diesen Worten. Zwei Unabhängige, Fischer und Kalle, versuchten, dem Referenten entgegenzutreten. Die Unabhängigen treiben in die Regierung nicht ein, weil sie mit keinen Reaktionen zusammenarbeiten wollen. Kalle erzählte die alte Geschichte, daß die Unabhängigen aus der sozialdemokratischen Fraktion deshalb ausgeschieden seien, weil sie den Erwerbungsgeiz nicht mehr miltmachten konnten. Ein unabhängiger Anführer wollte feststellen, daß der sozialdemokratische Oberbürgermeister Weims in einer Versammlung zugegeben hätte, daß die Sozialdemokratische Partei den General v. Stobbe nicht verhaften konnte, weil er krank war.

Genosse Krüger rechnete im Schlußwort scharf und sachlich mit den Unabhängigen ab. Wenn der Oberbürgermeister Weims das gesagt hat, was er unabhängig? Weimer hier behauptete, so war das durchaus richtig. Die Sozialdemokratische Partei habe gar kein Recht, jemand zu verhaften, dazu war die Regierung da, und die Verhaftung ist von dieser tatsächlich erfolgt und durchgeführt, solange sie zweckmäßig war, denn der Verhaftete war im Polizeipräsidium eingekerkert.

Die Versammlung hat einen eindrucksvollen Verlauf genommen. Man merkte es den Anwesenden an, wie tief und nachhaltig die ernstesten und eindringlichsten Worte des Referenten gewirkt hatten.

Strandbäder.

Auf dem Blumentalswerder am Herrenkrug stehen als letzte Ueberbleibsel des ehemaligen städtischen Strandbades die vieredigen Zementpfeiler, auf denen das Wirtschaftsgebäude des Strandbades hochwasserfrei angelegt worden war. Diese Säulen, die anmuten wie die Grabsteine eines bretonischen Friedhofs, werden den Fremden, die mit dem Dampfer nach Hohenwarte fahren, als die letzten Beugen eines früheren buntbewegten Strandlebens bezeichnet. Unzuträglichkeiten durch die in der Nähe belegene Pumphation, der Krieg und — die allzu engherzige Auffassung der Behörden, die das gemeinsame Baden beider Geschlechter durch einen Festschirm beschränken, haben dazu beigetragen, den Betrieb dieses mit so großen Erwartungen errichteten Strandbades schließlich ganz eingehen zu lassen. Aber wie die Sporen eines Pilzes eine ganze Kolonie von Pilzen entstehen lassen, so sind jetzt an den beiden Elbufern, besonders unterhalb Magdeburgs, Hunderte von Strandbädern entstanden. Wo man in den letzten Jahren, auf einer Dampferfahrt nach Hohenwarte, nur ganz vereinzelt auf den Bühnenköpfen einen Angler gewahrt, sind jetzt in jedem Winkel, der durch die Bühnen gebildet wird, Familienbäder im Kleinen entstanden. Nicht zum wenigsten sind durch die horrenden Preise in den vorhandenen Strandbädern diese improvisierten Strandbäder entstanden.

Das Strombild wird durch dieses namte Familienleben am Strande durchaus nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil, die dort nur für einen Tag errichteten Wigwams, in denen sogar „abgelocht“ wird, das lustige Tummeln von alt und jung, anscheinend abgeschlossen in gewissen Revieren, dieses Wintens und Sauchens bei jedem vorbeifahrenden Dampfer, trägt ungemein dazu bei, das eintönige Strombild lebendiger zu gestalten. Dabei scheint es, als wenn das Leben und Treiben in den Bühnen sich nach ungeheuren Gefechen und Formen vollzieht. Nirgends gibt es Weibchen. Jeder respektiert das Badegebiet des andern. Von den behördlichen Organen wird nur darauf geachtet, daß an den Uferpflanzungen und den Bühnen selbst keine Beschädigungen vorkommen. Das Baden selbst wird nicht beeinträchtigt.

Vom Standpunkt der allgemeinen Gesundheitspflege kann diese Selbsthilfe der minderbemittelten Bevölkerung nur gutgeheißen werden. Da bisher in diesen Familienbädern Unfälle nicht vorgekommen sind, ist anzunehmen, daß die aufsichtführenden „Haushaltungsvorstände“ es an der nötigen Aufsicht nicht fehlen lassen.

— Erhöhung der Eisenbahngütertarife? Die Münchner Abteilung des Reichsverkehrsministeriums teilt auf eine Anfrage der „München-Augsburger Abendzeitung“ mit, daß nicht die Absicht besteht, die Personentaxen im Eisenbahnverkehr neuerdings zu erhöhen. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß die Eisenbahngütertarife noch weiter erhöht werden. Die Erhöhung werde sich wahrscheinlich zwischen 30 und 50 v. S. bewegen.

— Sonnenwende. Heute am 21. Juni, ist Sommers Anfang. Die Sonne wendet sich, ihre Bahn führt wieder abwärts. Auf den Feldern, in den Wäldern grünt und spritzt reicher Sonnensegen. Das Jahr ist fruchtbar gewesen bisher, der Sommer wird hoffentlich reiche Ernte bringen. Wir leben jetzt mehr mit der Sonne als in den Friedensjahren der Fülle. Vielleicht macht es das Bewußtsein unserer Abhängigkeit von heimischer Erde. Mit der Sonne lebt vor allem die Jugend. Wenn an den Abenden um die Sonnenwende die Sonne zur Reize geht, dann sammelt sich vor den Türen eine bunte Schar. Junge, lebensfrohe Menschenkinder ziehen in die Sommernacht hinaus, um die Sonnenwende zu feiern. Durch Feld und Wald im Dämmerlicht geht es, bis auf Anhöhen oder in stillen Gainen Sonnenwendfeuer erlöschen. Durch die Nacht erklingen wieder, hoffnungsvoll und voller Zukunftsglauben. Auch am Sonnabend zogen sie hinaus, hielten Lebensfreude, Sonne herein.

— Sozialdemokratischer Verein. Bezirk Südost. Am 18. Juni fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Lokal von Hinzburg statt, in der Genosse O. Winger über „Die Lehren des Wahlkampfes“ sprach. Er gab eine Schilderung der gegenwärtigen politischen Lage. Wie die U. S. P. durch ihre Passivität das ihnen Wählern gegebene Versprechen nicht einlösen und dadurch eine Regierungsbildung im Sinne der Arbeiterschaft verhindern. Wir haben keine Ursache, uns nach dieser Wahl als Besiegte zu betrachten, im Gegenteil können wir froh sein, in die Zukunft gehen, als alle unsere Gegner von rechts oder links. Unsere bisher betriebene Politik sei die richtige, das haben politisch geschulte Männer anerkennen müssen aus den Reihen der Gegner. Mit der Aufforderung an die Mitglieder, rege Agitation zu entfalten für die Partei sowohl als auch für unsere Presse, was eine unserer nächsten Hauptaufgaben sei, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Lemsdorf.

Seite Montag, abends 7 1/2 Uhr, im „Volksfreund“, spricht Genosse Burghard in einer öffentlichen Volksversammlung über das Thema: Was nun?

— Ein allgemeiner Vorstoß der Hausbesitzer? Uns wird von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß Hausbesitzer jetzt versuchen, die Mieten über die zulässige Grenze zu erhöhen und den Mietern allerlei Nebenpflichten aufzuerlegen. Es erscheint notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Mieter bei solchen Versuchen stets das Mieteneigungsamt anzurufen sollten. Die Befürchtung, daß sie im Falle des Widerstandes gegen eine Mieterhöhung vom Wirt auf die Straße gesetzt werden können, ist unbegründet. Der Wirt kann nicht schalten und walten, wie es ihm beliebt.

— Arbeiter-Zentralbibliothek. Zwecks Bestandsaufnahme bleibt die Bücherei bestimmungsgemäß im Juli geschlossen. Sämtliche entliehenen Bücher müssen spätestens am 30. Juni zurückgebracht sein. In der Zeit vom 24. bis 30. Juni werden wochentags von 12 bis 7 Uhr Bücher nur noch zurückgenommen, jedoch nicht mehr ausgeliehen.

— Die Verschleppung Landsbergs vor dem Landgericht. Nachdem sich kürzlich schon das Heimliche Landgericht mit Straftaten beschäftigt hat, die im Zusammenhang mit der Verschleppung des Genossen Landsberg am 7. April 1919 stehen, wird auch das Magdeburger Landgericht sich mit diesem Vorfall zu befassen haben. Und zwar soll sich der Kommunist Albert Vater am 18. Juli vor dem hiesigen Landgericht wegen seiner Beteiligung an diesen Gewaltmaßnahmen verantworten.

— Verurteilungen der Strafe durch Fortwerfen der Straßenbahnfahrtscheine. Publikum und Hausbesitzer haben sich darüber beschwert, daß die Straßen, besonders an den Haltestellen, durch Fortwerfen der gebrauchten Fahrtscheine verunreinigt werden. Der Polizeipräsident ist ersucht worden, für die Aufrechterhaltung der Sauberkeit durch entsprechende Maßnahmen zu sorgen. Polizeisekretär ist es unbedenklich, denn es kam unmöglich hinter diesen Jahresakt ein Polizeibeamter gestellt werden. Der Polizeipräsident hat deshalb die Direktion der Straßenbahn ersucht, an den roten Mänteln der Haltestellen Papierkörbe anbringen zu lassen und durch Anschläge in den Wagen das Publikum zu ermahnen, die gebrauchten Scheine in die Körbe zu werfen. Wir hoffen, daß die Straßenbahn diesem zweckmäßigen Vorschlag Rechnung trägt und das Publikum seine Notwendigkeit einsieht.

— Einfuhr von Frühkartoffeln aus Holland. Nach den bei der Reichskartoffelstelle vorliegenden Nachrichten sind die Bedarfsstellen fast ausnahmslos mit Kartoffeln aus der alten Ernte bis zum Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte versorgt. Ferner ist bei Weiteranhaltens des augenblicklichen günstigen Wetters mit einem zeitigen Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte zu rechnen. Aus diesen Gründen braucht in diesem Jahr nicht in demselben Umfang wie in den vergangenen Jahren auf die holländischen Frühkartoffeln für die Versorgung der Bevölkerung zurückgegriffen zu werden. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich daher entschlossen, von einem zentralisierten Ankauf der Frühkartoffeln in Holland Abstand zu nehmen und die Einfuhr der Frühkartoffeln aus Holland und den übrigen angrenzenden westlichen Ländern freizugeben. Da voraussichtlich von Mitte Juli ab deutsche Frühkartoffeln in ausreichendem Umfang für die Versorgung der Bedarfsstellen zur Verfügung stehen, ist jedoch zunächst die Einfuhr bis zum 20. Juli befristet mit der Maßgabe, daß nach diesem Zeitpunkt Wagen nicht mehr über die Grenze gelassen werden. Gleichzeitig wird die Frist für die Einfuhr italienischer und spanischer Kartoffeln, die bisher mit dem 30. d. M. abließ, ebenfalls bis zum 20. Juli verlängert.

— Streik der Kupferschmiede. Die Kupferschmiede verschiedener Firmen sind in Streik getreten wegen Nichtanerkennung der Lohnforderungen.

— Erhängt. Am Montag morgen wurde in den Glacéanlagen ein Mann in den mittleren Jahren, anscheinend dem Arbeiterstande angehörig, an einem Baume hängend tot aufgefunden. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des Bestattungshofs gebracht.

— Steuerabzug und Angestellte. Nach dem 25. Juni werden zum erstenmal 10 Prozent für Steuern abgezogen. Die Angestellten sind dabei gegen die Arbeiter insofern im Nachteil, als ihnen sogleich 10 Prozent vom Monatsgehalt abgezogen werden, während der Arbeiter 10 Prozent vom Wochenlohn als Steuer ablassen muß. Die ungleiche Belastung ist freilich nur vorübergehend, denn zum Schlusse wird doch aufgerechnet. Um der ersten Rate zu entgehen, machen Angestellte ihren Arbeitgebern den Vorschlag, das Monatsgehalt diesmal schon am 24. Juni auszusahlen. Es wird behauptet, daß aus dem gleichen Grunde Staatsbedürfnisse schon am 19. Juni die Gehalte für 3 Monate im voraus auszahlt haben. Leider gilt auch hier: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, und wenn das Steuerzahler zunächst noch umgangen wird, man verlangt nur eine Galgenfrist, dann muß doch gezahlt werden. Ob es rechtlich zulässig ist, das am 1. Juli fällige Gehalt schon am 24. Juni auszuzahlen, darüber herrschen noch Meinungsverschiedenheiten. Wir sind entgegen einer offiziellen Mitteilung der Auffassung, daß die vorherige Gehaltszahlung zulässig ist. Leider bringt sie wenig Vorteil.

— Kaufmännische Lehrlinge und Tarifvertrag. Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Vor einiger Zeit berichtete der Bund der Versicherungsvertreter, das Arbeitsministerium hätte sich dahingehend ausgesprochen, daß der Tarifvertrag sich der Regelung des Lehrlingswesens zu enthalten habe. Diese Zeitungsnotiz gab unserm Hauptvorstand Veranlassung, sich sofort deswegen mit dem Arbeitsministerium in Verbindung zu setzen. Es wurde dort unser Vertreter erklärt, daß der Bund der Versicherungsvertreter zweifellos irrthümlicher Auffassung sei; denn das Arbeitsministerium habe früher und auch später Tarifverträge, die sich auf das Lehrlingswesen erstrecken, für verbindlich erklärt. Die missverständliche Auffassung ist unser Erachtens darin zu suchen, weil nach der Gewerbeordnung der Handwerkskammern und Innungen das Recht vorbehalten bleibt, das Lehrlingswesen zu regeln und so eine Verwechslung mit den gewerblichen Lehrlingen vorliegt. Es ist somit einwandfrei festgestellt, daß die bereits getroffenen tariflichen Vereinbarungen nicht nur für die Lehrlinge des Versicherungsgewerbes, sondern auch für sämtliche kaufmännischen Lehrlinge zu Recht bestehen.

— Feuertafel für Frauenkleidung, vor der vor einigen Monaten bereits durch eine Zuschrift des städtischen Pressesamts gewarnt wurde, besteht in Gewändern aus einem starken „Kartuschewe“ genannten Kunstseidenstoff, der in Farbe und äußerlicher Beschaffenheit Ähnlichkeit mit Hochseide aufweist. Neben ziemlich starkem, engmaschigem Gewebe hat er auch deren stumpfen Glanz. Das feuertafelartige des zu explosiven Zwecken imprägnierten Stoffes besteht darin, daß bei der geringsten Verätzung mit Feuer — es genügt schon ein von einem Streichholz abspingender Kopf — der Stoff blitzschnell unter zischendem Geräusch verbrennt, ohne Fläze zu hinterlassen. Ein Wäscher ist bei der Schnelligkeit der Verbrennung ausgeschlossen. Eine Dame, die in Halberstadt vor einigen Tagen während eines Konzerts im dortigen Stadtpark ein aus einem derartigen Stoff gefertigtes Kleid trug, stand plötzlich — wie wir schon berichteten — in einer etwa 3 Meter hohen Flamme und in wenigen Sekunden war das Kleid vollkommen zerstört. Die Debauernwerte erlitt derartige Brandwunden, daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo sie hoffnungslos darniederliegt. Jede Pfeifekleidung mußte bei der Schnelligkeit, mit der die Flamme das Kleid erfaßte, zu spät kommen. Die vom Feuer ausströmende Hitze war so groß, daß ein in der Nähe stehender Stuhl anholzte. Ermittlungen nach dem Herstellungsort des Stoffes sind im Gange und die Staatsanwaltschaft wird sich mit der Angelegenheit noch zu befassen haben, da die Herstellung eines derartig feuertafelartigen Stoffes nicht weiter gebuldet werden kann. Vor längerer Zeit sind genau die gleichen Stoffe von Personen, die vermutlich auf unredliche Weise in ihren Besitz gelangt sind, auch in Magdeburg in größeren Quantitäten zum Kaufe angeboten worden. Zweifellos haben diese Leute verschiedentlich private Käufer gefunden.

— Der zweite diesjährige Magdeburger Reuntag hat in jeder Beziehung das gehalten, was er versprochen hat. Der stark Besuch nicht nur aus Magdeburg, sondern besonders aus den umliegenden Großstädten, namentlich Berlin und Leipzig, ließen erkennen, wie sehr in auswärtigen Sportkreisen die Magdeburger Bahn geschätzt wird. Seitens des Vereins war alles getan, um ein volles Gelingen trotz aller Schwierigkeiten herbeizuführen. Die Befragung der einzelnen Rennen ist im Vergleich zu anderen Plätzen der letzten Zeit als sehr gut zu bezeichnen. Der Umsatz war enorm und ging in die Millionen. Die Ergebnisse der einzelnen Rennen waren: 1. Hans v. Greiner Memorial: Sieg 13:10. 2. Beethoven-Jagdrennen: Sieg 18:10. Platz 17:27. 10. 3. Verkaufs-Hüden-Rennen: Sieg 37:10. Platz 17:18, 44:10. 4. Wiederiger Jagdrennen: Sieg 30. Platz 16, 17:10. 5. Großes Magdeburger Jagdrennen: Sieg 55:10, Platz 18, 32, 15:10. 6. Althandenslebener Jagdrennen: Sieg 25:10, Platz 10, 10:10. 7. Adamants-Jagdrennen: Sieg 44:10. Platz 14, 16:13. 8. Marmor-Rennen: Sieg 25:10, Platz 13, 19, 23:10.

— Der gefasste Zuckerschieber. Der Kellner Paul Barthel aus Berlin wurde am 20. Mai in der Judengasse festgenommen, als er mit 45 Pfund Zucker zum Wahnhof wollte. Nach der Herkunft des Zuckers befragt, gab er an, daß er diesen in einem Restaurant von dem Kraftwagenführer Robert Giese zum Preise von 11 Mark für das Pfund gekauft habe. Vor Gericht bestritt Barthel entschieden, den Zucker zum Zwecke der Weiterveräußerung erworben zu haben, er will ihn nur für den eignen Gebrauch gekauft haben. Das Wuchergesetz folgte diesen Angaben nicht, da aus den bei Barthel vorgefundenen Briefen deutlich hervorgeht, daß er sich mit derartigen Schiebergeschäften befaßt. Das Gericht erkannte gegen Barthel auf 1 Monat Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe und gegen Giese auf 1 Woche Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Der Zucker wurde beschlagnahmt.

— Die betrogene Braut. Eine Lehrerin aus Kalbe a. d. S. lernte auf einer Fahrt von Braunschweig nach Magdeburg den Schlosser Ludwig Ghy aus Bamberg kennen, der sich ihr als Ingenieur Ghy aus Freising bei München vorstellte. Beide unterbrachen ihre Reise in Magdeburg und besuchten mehrere Restaurants. Dabei machte Ghy seiner Reisegefährtin eine Liebeserklärung, die diese als Heiratsantrag auffasste. Am Abend fuhr er mit ihr nach Kalbe, wo er sich 3 Tage aufhielt und dann weiterfuhr. Nach einigen Tagen kam Ghy wieder zurück und erzählte der Heiratslustigen, daß er sie heiraten wolle. Sie verlobten sich bald darauf, und die Jungin kündigte ihre Stellung als Lehrerin. Ghy sagte seiner Braut, daß er mit seinem Gelde nicht auskomme, da er ja die Reise ihrerwegen ausgebeutet habe. Er versprach ihr die baldige Heirat und die vertrauensvolle Braut übergab dem neuliebenden Bräutigam über 200 Mark in bar, sowie einige Schmuckgegenstände. Seitdem ist der „Bräutigam“ verschwunden, bis jetzt das Landgericht den Schwindler zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

— Gometnam in den Tod gegangen. Heute morgen gegen 7 Uhr wurde in den Anlagen unmittelbar hinter dem Restaurant Herrenkrug die Leiche eines Soldaten vom hiesigen Schützenregiment Nr. 7 und eines etwa 20jährigen Mädchens beide mit einem Schuß in den Mund aufgefunden. Der Soldat hatte die Waffe noch in der Hand. Die Personalien beider Getötenen sind noch nicht festgestellt.

Die Reichsschulkonferenz.

Der Beginn der Freitagskonferenz erhält zunächst Professor De Strick das Wort zu folgender Erklärung:

Bei der Zufallsaufammensetzung der Teilnehmer, Berichterstatter und Diskussionsredner der Reichsschulkonferenz wäre die Anwesenheit der Überzeugung der einzelnen Mitglieder durch namentliche Abstimmung von wesentlicher Bedeutung gewesen. Die unterzeichneten Verbände bedauern, daß die Ablehnung der Abstimmung eine erfolgreiche Einwirkung der Reichsschulkonferenz auf die schulpolitische Entwicklung verhindert hat.

Das darauf erklärte Dr. Hef namens der katholischen Lehrerorganisation und der Zentrumspartei, daß sie eine Abstimmung aus rein sachlichen (!) Beweggründen nicht für angängig gehalten hätten. Wir weisen auch darauf hin, daß diese Konferenz nur durch die freie Entscheidung einer Regierungsstelle zusammenberufen ist und kein gezieltes Abbild der Volkmeinung darstellt.

Wir weisen den Vorwurf, als hätten wir eine fortschrittliche Entwicklung des deutschen Schulwesens verhindern wollen, als unsachlich zurück.

Abg. Mümm schließt sich dieser Erklärung namens der evangelischen orthodoxen Organisationen und namens des Deutschen nationalen Lehrerbundes an.

Nunmehr berichtet Prof. Ziegen über die Beschlüsse des Ausschusses für technische Vereinheitlichung des Schulwesens. Den vorgelegten Vorschlägen entnehmen wir:

- 1. Der Gedanke der Reichseinheit muß im Schulwesen überall da zur Geltung gebracht werden, wo es unbeschadet einer durch innere Gründe gebotenen Sonderentwicklung geschehen kann.
2. Trägerin dieser Vorbereitung muß ein selbständig gestaltetes Reichsbildungsrat sein, das von einem die Gesamtheit des Bildungswesens überblickenden Fachmann in Berlin geleitet werden und dem ein händiger, nicht nur aus Schulfachmännern bestehender Beirat zur Seite stehen muß.

In einzelnen wird gefordert: einheitlicher Beginn des Schuljahres am Schluß der heißen Jahreszeit, gleiche Feriendauer, einheitliche Benennung der Schularten und Klassen, Einheitlichkeit der Amtsbeziehungen, gegenseitige Anerkennung der Prüfungen.

In der Reihe der Berichterstatter spricht Dr. Weiß für den Kindergartenausschuss. In diesem Ausschuss haben die Vertreter der "freien Liebesaktivität" mit ihren durchaus richtungswirksamen Anschauungen das Übergewicht, und anfangs wollte man den beiden einzigen Vertreterinnen der sozialistischen Weltanschauung und des demokratischen Staatsgebauens nicht einmal das Recht gesonderter Berichterstattung einräumen.

Die Kernsätze der sozialistischen Vertreter Frau Heiser-Jaquet und Schwartz besagen:

Die Aufricht ist der Staat aus Einrichtungen der freien Liebesaktivität und Wohlfahrtspflege sind innerhalb einer Übergangszeit bis zum Jahre 1930 von den Kommunen und Landgemeinden zu übernehmen.

Während der Übergangszeit sind für die erstgenannten Anstalten dieselben hygienischen und pädagogischen Anforderungen zu stellen, denen die öffentlichen Kindergärten unterliegen.

Zum Bericht der Ausschussmehrheit für Jugendwohlfahrt begründete Genossin Bohm-Esch den prinzipiellen Teil der ergänzenden Vorschläge:

Die Jugendfürsorge ist im weitesten Umfang Pflicht der Allgemeinheit. Soweit Schulveranstaltungen freier Jugendfürsorge bestehen, müssen sie folgende Bedingungen erfüllen: a) Sie unterliegen der Aufsicht des Staates wie die öffentlichen Schulen und Anstalten. Schulen und Anstalten der Jugendfürsorge sind sachmännlich zu beaufsichtigen, und es ist hierfür ein besonderes Dezernat im zuständigen Ministerium einzurichten.

Theater, Konzerte etc.

Beschreibungen.

Wieland-Theater. Wir sind jetzt auf der Höhe; gleichzeitig mit Berlin wird ein Schautspiel von Toni Impetovos und Paul Martens gegeben, der schon im Titel richtig sein soll; denn er nennt sich "Die drei Willlinge".

Wieland-Theater. Unter der Leitung von Paul Martens wurde am Samstag "Armut" von Paul Weder gegeben. In Zusammenhang mit dem Thema "Armut" wird ein Schauspiel gegeben, das die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik zeigt.

Wieland-Theater. Am Sonntag wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Wieland-Theater. Am Montag wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Wieland-Theater. Am Dienstag wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Wieland-Theater. Am Mittwoch wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Wieland-Theater. Am Donnerstag wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Wieland-Theater. Am Freitag wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Wieland-Theater. Am Samstag wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Wieland-Theater. Am Sonntag wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Wieland-Theater. Am Montag wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Wieland-Theater. Am Dienstag wurde "Armut" von Paul Weder gegeben. Die Aufführung zeigt die soziale Lage des Proletariats in der Weimarer Republik.

Einen interessanten Fund machte ein Genosse vergangener Woche beim Graben in seinem Garten in Westerharden oberhalb der Bahn. Er stieß auf einen Stein, in dem er einen prähistorischen Fund vermutete.

Eine Pachtverordnung. Die von der Nationalversammlung verlangte Pachtverordnung, die wir im Entwurf veröffentlichten, ist nunmehr von der Reichsregierung erlassen worden.

Lebensmittelschwinder. Ein angeblicher, angeblich in Ostpreußen nationaler Gendarmerie-Wachmeister Hoffmann machte sich in hiesigen Lebensmittelgeschäften mit Personen bekannt.

Ein Hofe gestohlen. Ein Hofe im Werte von 25 000 Mark ist in der Nacht zum 19. d. M. in Westhagen bei Gommern gestohlen worden.

Bestgenommene wurden die Arbeiter Paul Rauchauf, Schwerte Straße 52, und Paul Fuhrmann, Jakobstraße 35, die in der Nacht zum 18. d. M. bei einem gemeinschaftlichen Einbruchsdiebstahl in eine Tuchhandlung in der Kaiserstraße überfallen wurden.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

- Sozialdemokratischer Verein. Beschlüsse über den 21. Juni, abends 7 Uhr.
Beschlüsse über den 22. Juni, abends 7 Uhr.
Beschlüsse über den 23. Juni, abends 7 Uhr.
Beschlüsse über den 24. Juni, abends 7 Uhr.

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Julien. Nachdruck verboten. (2. Fortsetzung.) Am bestimmten Tage fand sich Wilhelm in der Arbeitsstätte ein, wo man ihn nach einem kleinen, vertrauten Saale wies, in dem einige niedrige Holztische ohne Rücklehnen, und im Hintergrund des Saales ein Tisch und einige Stühle aufgestellt waren.

tuten eingehalten. Außerhalb des Syndikats können Sie machen was Sie wollen. - Haben Sie verstanden? Wilhelm sagte wieder „ja“, obwohl er mehr erraten als verstanden hatte, was der andere mit Selbstgefälligkeit herjagte.

hielt ich ihn für tot.“ Und auf Wilhelm zeigend: „Da, ich möchte schwören, er ist es selbst!“ Nichts sich bestimmend, rief er: „Wer dann bist Du ja kein Sohn!“ Und auf Wilhelm zustimmend: „Mein kleiner Junge, an was denk ich denn! Komm her, daß ich Dich umarme!“

Zentraltheater
Die Dame vom Zirkus
Anfang 7 1/2 Uhr.

Altmarkter Hof, Tränberg 51
Dienstag und Mittwoch
Gr. Preisakat
H. Froese

Fortzugshalber
verkaufte billig Schuhe, Gamaschen, Bettstellen mit Matras, Tische u. v. andere. Dienstag von 3 bis 6 Uhr.
Heinemann, Auflassungstraße Nr. 29.
Photographen, 212, mit sämtl. Zubehör bill. u. verz. (248)
Lichtenau, Steyerstraße 40, I.

Verlobungs-Karten
empfehlen
Buchhandlung Volksstimme

Waffon-Beise
450-Gramm-Riegel zu verkaufen.
Knochenhauserstraße 29, II. I.
Damenrad (Wanderer) mit la. Barb. Wien. Gebirgsber. vert. Vogt, Papenstr. 15. (2452)

Wärmungsverkauf in Randleiterwagen
1, 3, 4, 5 und 6 Str. Tragkraft v. 25 bis 80 cm
Gräberer Durchmesser
Stagge, Schenkenstraße 17, I.
Nähmaschinen, 2422
Singer, Langsch, vorzügl. nähr. 200, 4, Rundsch, wie neu, 500, 4.
Wiesner, Blumenstraße 15, IV.

Belgische Nieten
feinstes Zinkwasserzinn
1,0 70 Stk., 0,1 90 Stk.
0,1 90 Stk., 0,1 100 Stk.
Hestel, Schrote, Straße Nr. 66.

Wer kann Bohnung nachweisen,
die zum 1. Juli ab. fallen
ist nach Differenz unter
A. 1000 an die Expedition
dieses Blattes. 1508

Reisende
die Landkreise besuchen
können meinen
Kredit
mitführen. Gute Verdienstmöglichkeit. Angebote unter
1504 an die Expedition d. Bl.



ist der Zeitpunkt des unbedingt
einstigen Einkaufs unserer
Schuhfabrikate!
Hier einige Beispiele:

Herrenstiefel:
schwarz, Rindbox (Rahmenarbeit) ... M. 168.-
braun, echt Borkalb und Chevreau ... " 276.-

Damenstiefel:
braun u. rotbraun Chevreau (Hochschalt) " 288.-

Damenschuhe:
Damen-Schnür- u. Spangenschuhe, schwarz " 145.-
Damen-Spangenschuhe, braun Chevreau " 180.-

Herrenpumps: 215.-
Lackleder

Stiller's Schuhwarenhaus
Breiteweg 23 Ecke Berliner Straße

Meister Lampe Rauchtabak.
bellebter
34 empfehlen 2419

Primo 1918er Gatzberinger
Toma 42 Stk. od. Lager, 66 Stk. 50 und 66 Stk.
Reiskners Kartoffel- und Geringshandlung
Stephansbrücke 29. — Telefon 4683.

Wickel-Mittesser
Sommerproben, Mäde, überh. alle Haut-
unreinheiten beseitigt überraschend schnell
"Creme Elixir". Wirkt selbst in veralteten Fällen
mit glänzendem Erfolg und verhilft bleibend reinen
Teint. Viele Dankschreiben. Preis Mk. 4.75, Doppel-
dose Mk. 7.50. Versand distr. nur 210
Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg E 35
Anfertigungspfortarten Buchhandlung Volksstimme

Fürstehof-Prunksaal
kur noch kurze Zeit:
? Paint?
Georg Heban
Margot Kubisch
D. Grig-Grigorys
Herbert u. Schüller
Richard Kauh
128
— Anfang 7 1/2 Uhr. —

Fürstehof-Sunnel
Große Vorstellung
der lustigen Bayern.
Ständig 118
wechselndes
Programm!

Stephanshallen
1407 Das wirkliche
Wolfs-Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Städtische Theater.
Stadttheater 130
Dienstag den 22. Juni
Sondervorstellung für den Ge-
amtenverein
Parzival.
Anf. 5 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Mittwoch: Der Sohn.

Wilhelm-Theater 115
Dienstag den 22. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr
Sondervorstellung für den Ge-
werkschaftsbund der Angestellten.
Renaissance.
Mittwoch letzter Tanzabend

Viktoria-Theater.
Dienstag, 22. Juni, Anf. 7 1/2 Uhr
Charles's Tante.
Mittwoch: Renaissance.

Kopfläuse
samt Brut
vernichtet Kosekt
doppeltstark — geruchlos
Hofapotheke
1360 Breiteweg 158.

Park-Lichtspiele.
1415
Bis einschließlich Donnerstag
Madame Dubarry
Der große historische Prunkfilm aus der Zeit
Ludwig des XV. v. Fred. Ording u. Hans
Räp. — Regie: Ernst Lubitsch.
In den Hauptrollen:
Dala Regal, Harry Liedtke, Emil Jannings,
Eduard v. Winterstein, Reinhold Schünzel.
Hierzu das entzückende Lustspiel:
Was zuviel ist, ist zuviel
Beginn: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Vogelgesang 1623
Großer Rosenfior.

Friedrich-Wilhelms-Garten
1427
Heute Dienstag
Großes Militär-Konzert.
Anfang 7 Uhr.

Kammer-Lichtspiele
115
Erste und vornehmste Lichtbildbühne am Platz
Heute bis einschließlich Donnerstag
Tropenblut
Drama in 6 Akten. — Hauptdarsteller:
Aud Egede Nissen u. Harry Liedtke.
Die ums Leben spielen
Drama in 4 Akten. — Hauptdarsteller:
Trude Hoffmann u. Hermann Valentin.
Beginn: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Beginn der Abendvorstellung 8 1/2 Uhr. Ende 10.45.

ZL
Zirkus-Lichtspiele
Der unübertreffliche Wiener Kunstfilm
Bis Donnerstag:
Gewitter im Mai
5 Akte mit
Thea Steinbrecher Erik Greiner
Der Tintenfischklub
Großste in 4 Akten mit
Charlotte Böllin Friedrich Kühne
Spielzeit: Wochentags 8-10.45 Uhr.
Sonntags 3-10.45 Uhr.

Brauerei z. Lampe
Inh. Albert Droz
Reisenstraße 36 Fernsprecher 1390
Dienstag und Mittwoch
Frisches Braubier zum Selbstkochen

Hofjäger 7 1/2 Uhr
Sensations-Gastspiel
des berühmten
Leipzig. Geidel-Gänger
Leipzig's beste u. leistungsfähigste Herrenengesellschaft
9 Herren. — Dir. Arthur Geidel. — 9 Herren.
Heute und folgende Tage
Vollständig neues Elite-Programm!
Das **S. S. Trio** Arthur
Geidel, Arthur Geidel jun. als:
Die drei Wilderer.
Deibchen als Fensterputzer
humoristische Goldstücke von C. W. L. a. n. n.
Besetzt Original-Darsteller 1128
der Geidel-Gänger.
Schön ist die Jugendzeit
lebendes Bild zur Verherrlichung deutsch. Volkstümlichkeit.
— Vorverkauf bei Jacobs, Ulrichsberg. —
Im Cafe täglich nachmittags 4 Uhr
Künstler-Konzert.
Donnerstag den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr
Grosses Gartenkonzert
ausgeführt vom Pfitzharmonischen Orchester
unter persönlicher Leitung des beliebten
Kapellmeisters Paul Arndt.

Panorama-Lichtspiele
Heute bis einschl. Donnerstag
Die Vermummten 115
Sensationsdrama in 5 Akten.
Hierzu das entzückende lustige Lustspiel
S. S. der Reisende
Paul Heidemann in der
Hauptrolle.
Beginn Wochentags 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr
Ende 10.45 Uhr
Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr

Konzert-Haus
Leipziger Straße 62.
Dienstag den 22. Juni
Gr. Gartenkonzert
in Form eines Strauß-Abends:
„Erinnerung an Wien“
ausgeführt vom Pfitzharmonischen Orchester
unter Leitung des Kapellmeisters Paul Arndt.
Beginn 7 Uhr abends.
Bei ungünstiger Witterung findet
das Konzert im Saale statt. (1421)

3 Sonder-Angebote
Ein Posten Herren-Anzüge
gute Stoffe, beste Zutaten, moderne
Formen, in den Farben grau, braun,
blau
Mk. 500.00
Ein Posten Herren-Paletots
Sport-Fasson, ganz gefüttert, mit auf-
gesteppten Taschen, in den Farben
grau, braun, beige
Mk. 525.00
Ein Posten Herren-Hosen
aparte Streifen, gute Qualitäten, beste
Verarbeitung
Mk. 175.00

Schreiber u. Sundermann.